

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) eV an der Bergischen Universität Wuppertal; Lehrstuhl Makroökonomik, und Jean Monnet Chair für Europäische Integration, Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. (www.eiiw.eu) welfens@eiiw.uni-wuppertal.de; Tel +49 0202 4391371. **2015= 20 Jahre EIIW – preisgekrönte ökonomische Forschung** 1. Juli 2015
***Varoufakis-Theorie falsch, *Griechenlands Regierung kopflos; *Euro-Stabilität kaum gefährdet; *Griechenland bei Pariser Club mit IWF konfrontiert, *bedingter Schuldenschnitt sinnvoll**

Tsipras Regierungsverweigerung und die Euro-Frage (pr2015GriechEuroJuniWelfens)

Die Tsipras-Koalition ist Ende Juni mit ihrem Vorhaben gescheitert, mit einer unnachgiebigen Verhandlungsstrategie einen Schuldenschnitt von der Eurozone/Troika zu erhalten; und die Regierung Griechenlands hat sich in der Eurozone völlig isoliert, um dann schließlich am 27. Juni für den 5. Juli 2015 zu einer sonderbaren Volksabstimmung aufzurufen: Dabei sollen die Bürger Griechenlands über das von Seiten der Euro-Partner vorgelegte Anpassungsprogramm stimmen, wobei die Regierung eine Nein-Empfehlung gibt. Damit ist klar, dass nach einem positiven Referendumsausgang in dieser gewichtigen Frage Regierungschef Tsipras zurücktreten müsste. Tsipras hat den Menschen in Griechenland alles Mögliche versprochen, noch am 29. Juni sagte er, dass die Renten und Spareinlagen der Griechen sicher seien: Das ist ökonomisches Gauklertum wie überhaupt die Wirtschaftspolitik der Tsipras-Regierung kaum Vernünftiges umgesetzt hat – mit der fehlenden Einigung vor Ende Juni verfallen rund 10 Mrd. € an verfügbaren Krediten (!). **Finanzminister Varoufakis hat über Monate versucht, über Medienbeiträge darzulegen, dass Italien, Spanien und Portugal so wie Griechenland seien, wenn letzteres in Konkurs ginge, ginge der € unter. Aber, die Reaktionen der Börsen am 29. und 30. Juni zeigen minimale Zinserhöhungen für Italien, Spanien, Portugal.**

Griechenland hat seit dem 29. Juni 2015 geschlossene Banken und vermutlich wird es innerhalb der Eurozone in Konkurs gehen. Wenn ein Staatskonkurs kommt, wovon mit der Ende Juni angekündigten Nichtzahlung von IWF-Verpflichtungen auszugehen ist, dann werden sich **Griechenland und die staatlichen Gläubiger im Pariser Club** – in Frankreichs Finanzministerium – wiedersehen. Diesem Land werden dann in etwa die Länder wieder gegenüber sitzen wie auch schon bei den Verhandlungen in Brüssel; plus USA, Kanada, Vereinigtes Königreich, Russland und Japan. **Voraussetzung für jede Abmachung im Pariser Club ist allerdings wieder ein IWF-Abkommen – da ist die Tsipras-Regierung bislang ja immer gegen - und damit ist klar, dass die Tsipras-Politik ins Nirgendwo führt.** Allenfalls könnte der Druck der USA und UKs zu einem Kompromiss mit Griechenland beitragen.

Eine deutliche Minderung der Schuldenquote im Kontext mit Zusagen Griechenlands zu Reformen und massiven Privatisierungen – Griechenland hat hohes Staatsvermögen, weit mehr als 100% eines jährlichen Bruttoinlandsproduktes – ist als Schuldenschnitt erwägenswert. Das hätten Griechenlands Regierungen auch bisher schon realisieren können, aber aus politisch-ideologischen Gründen haben sie **nicht einmal 1% des Staatsvermögens im Zeitraum 2010 bis Mitte 2015 privatisiert.** Im Vergleich zu den 29 Ländern Osteuropas in den 90er Jahren in der Systemtransformation ist das miserabel. Auch hätte man seit Jahren schon die Osteuropa-Bank EBRD um Rat fragen können und sollen; dort hat man in postsozialistischen Ländern Osteuropas mit privatisiert, zu mehr Wettbewerb bzw. einer besseren Wettbewerbspolitik beigetragen und Neugründungen von Unternehmen stimuliert.

Wenn Griechenland in Konkurs geht, dann innerhalb der Eurozone; das wäre konsequent, wobei die EU-Länder dem Land in einer Übergangszeit vernünftig helfen sollten. Dass die Tsipras-Regierung gerade zu Beginn der Tourismus-Saison den Staatskonkurs inszeniert, ist unglaublich und eine **massive Schädigung der griechischen Wirtschaft für Jahre: Ein solches Mandat zu nachhaltiger ökonomischer Selbstschädigung hat diese Regierung nicht.**

Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro ist nicht empfehlenswert. Erstens gibt es juristisch keine solche Option und die EU ist eine Politik-, Wirtschafts- und Rechtsgemeinschaft. Zweitens wäre der Austritt für Griechenland ein ökonomisches Desaster, denn die private Auslandsverschuldung – in abgewerteter Währung kaum von den Unternehmen zu bedienen –

würde ausgedrückt in einer neuen Drachme enorm hoch sein; die Fähigkeit und Bereitschaft von Unternehmen zu investieren, wäre sehr gering. Aus dem Ausland kämen wohl auch nur geringe Investitionen, solange das grundlegende Problem Griechenlands nicht gelöst ist, nämlich die Einführung einer neuen vernünftigen Verfassung, die zu Stabilität, Effizienz, effektiver Verwaltung und zu Vertrauen beiträgt. **Wer Griechenland den GREXIT, den Euro-Austritt, empfiehlt und dabei auch noch positiv auf die Erfahrungen Argentiniens verweist, der hat offenbar keine Ahnung von dem seit 2001 bestehenden ökonomisch-politischen Elend in Argentinien.** Den dortigen überschaubaren ökonomischen Aufschwung kann niemand ernsthaft feiern wollen, die politisch wirren Zustände in dem Land ohnehin nicht.

Die Eurozone selbst ist an einem GREXIT nicht interessiert. Wer Mitglied der Währungsunion freiwillig wird, der kennt ja die Regeln. Wenn man einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone zulässt, beschwört das Fragen nach der Stabilität der Eurozonen-Mitgliedschaft für die Zukunft herauf. Die Eurozone ist – von Griechenland abgesehen – im Kern eine stabile Gemeinschaft mit vielen ökonomischen Vorteilen.

Das Krisenmanagement der Eurozone war 2010-2014 insgesamt nicht gut und natürlich ist auch der IWF zu kritisieren, dessen immer wieder viel zu optimistische Vorhersagen zur Einkommensentwicklung in Griechenland nicht für optimale Beratungsqualität stehen. Vor allem ist mit Nachdruck zu fragen, warum in Berlin so ein kurzes historisches Gedächtnis besteht: Deutschlands demokratisches System zerbrach praktisch in den frühen 1930er Jahren in einer Wirtschaftskrise mit drei aufeinanderfolgenden Rezessionsjahren und -16% als Gesamtrückgang des realen Bruttoinlandsproduktes; eine Mehrheit von politischen Radikalen wurde gewählt. Dass man in Griechenland nach 25% Einkommensrückgang eine Zerstörung des politischen Systems bzw. eine Mehrheit der politisch Extremen bekommen würde, bedurfte keines Orakels von Delphi. Dass die Eurozone das Griechenland-Problem mit Schwächen im Krisenmanagement angeht, ergibt sich aus dem Fehlen zwingender Privatisierungsvorgaben für Griechenland schon in 2010. Wer ein Staatsvermögen hat, das die Staatsschulden – wie 2010, zu Beginn der Krise – deutlich übersteigt und dann, nach Nicht-Privatisierung von 99% des Staatsvermögens in Konkurs gehen kann, lebt als Griechenland ja wohl in einer sonderbaren Eurozone. Die Regeln in der Eurozone sind offenbar an kritischen Stellen unvernünftig und dass die Eurokrise mehr als fünf Jahre währt, ist bedenklich.

Die Eurozone braucht die Entwicklung hin zu einer Politischen Union. Mit einem funktionierenden stabilen Euro ergeben sich hohe Wohlfahrtsgewinne, die etwa 1% des Bruttoinlandsproduktes ausmachen, was etwa zur Hälfte aus der Einsparung von Transaktionskosten besteht und zur anderen Hälfte aus den Wohlfahrtsgewinnen des Euros als internationalen Währungsreserven: Ausländische Zentralbanken halten in erheblichem Maß den Euro als Reserve, deren Verzinsung deutlich unter der internationalen Kapitalrendite liegt. Wenn man diese Vorteile zu einem Zinssatz von 2,5% über einen sehr langen Zeithorizont kapitalisiert, dann ist der Wert des Euros 40% eines Jahres-Bruttoinlandsproduktes: Also etwa 4000 Mrd. € dividiert man das durch 310 Millionen Einwohner ergibt sich ein **Vermögenswert des Euros von rund 12 000 € pro Kopf:** Das ist der Wert eines funktionsfähigen Euros in langer Sicht. **Der Euro braucht durchsetzbare Fiskalregeln und einheitliche Finanzsoftware der Regierungen – mit Bürger-Internetsicht.** Griechenland steht für kaum 2% des Bruttoinlandsproduktes der Eurozone, seine Probleme lassen sich lösen. Die Kosten für die Steuerzahler der Euro-Partnerländer dürfte da ca. 2% des Bruttoinlandsproduktes eines Jahres sein. Das ist ärgerlich, aber letztlich zu bewältigen. Das Griechenlandproblem hat viel politische Aufmerksamkeit gekostet, wichtige Reformen verhindert, die für die Zukunftsfähigkeit der EU-Länder wichtig sind. **Griechenland sollte man zunächst 30 Mrd. € Schuldenschnitt gewähren, wenn für 30 Mrd. € privatisiert wird. EU-Hilfen für Unternehmensgründungen und Weiterbildung sowie Bankenfinanzierungen von außen sind wünschenswert. EU-Städtepartnerschaften könnten kommunal praktisch helfen. Der Stil der Tsipras-Regierung ist sonderbar.**